

Ein Anruf genügt

Es gibt Momente, in denen Schweigen von allen Optionen die denkbar schlechteste ist. Weil es Zustimmung suggeriert. Weil es Mutlosigkeit vermuten lässt. Weil es feige wirkt.

Seit vergangenen Samstag haben wir erneut einen solchen Moment, der alles erfordert, nur kein Schweigen. Die Bilder und Meldungen, die uns aus Israel erreichen, sind zutiefst erschütternd. Zahlreiche Aufnahmen, die seitdem insbesondere über Soziale Medien wie TikTok in kürzester Zeit verbreitet werden, zeigen das Ausmaß der Brutalität des palästinensischen Terrorismus: unschuldige Zivilisten, die wahllos getötet werden; junge Frauen und Soldaten, die verschleppt werden, um sie u.a. als menschliche Schutzschilde zu benutzen; Menschen, die zu Propagandazwecken erniedrigt werden.

Mitten in diese medialen Schreckensbilder gesellten sich am Samstag im Laufe des Tages zahlreiche Bilder und Videos, in denen Menschen sich nicht nur mit dem Angriff der Hamas solidarisieren, sondern sich in regelrechten Freudentänzen zu verlieren scheinen und die Ermordung und Verschleppung Unschuldiger mit Süßspeisen feiern.

Es sind genau solche Momente, in denen eine aufgeklärte Gesellschaft Haltung zeigen muss. In denen sie sich klar und deutlich von Gewalt als Mittel zum Zweck distanzieren und jegliche Form von Terrorismus und das Zelebrieren terroristischer Gewalt aufs Schärfste verurteilen muss.

Im Fall der gegenwärtigen Angriffe auf Israel ist dies umso wichtiger. Denn bei all der legitimen Kritik (beispielweise an der israelischen Siedlungspolitik oder der Justizreform in Israel) wird ein entscheidender Punkt in den Debatten viel zu oft ignoriert: der islamistisch geprägten Hamas und Co. geht es nicht um Kritik, sondern um die grundsätzliche Ablehnung des Existenzrechts Israels. Will heißen: Hamas und Co. wollen den Staat Israel vernichten. Dass nun Menschen in Deutschland den Angriff eben jener Hamas und ihresgleichen feiern, ist völlig inakzeptabel.

Beschämend und bedenklich ist das Schweigen islamischer Verbände zu solchen Jubelbildern und die Relativierung des durch die Hamas und weiterer islamistischer Gruppierungen verübten Terrorismus. Verbände, die in der Islamismusprävention bis dato als zentrale Ansprechpartner betrachtet und entsprechend auf politischer Ebene seit Jahren hofiert werden. Verbände, die sich lieber mit sogenanntem antimuslimischem Rassismus befassen wollen, statt sich den Folgen eines zunehmenden muslimischen Antisemitismus stellen wollen. Verbände,

die den Angriff der Hamas als „*groß angelegte Aktion*“ bezeichnen und angesichts von Jubelparaden lediglich daran appellieren „*besonnen zu bleiben*“. Eine klare Haltung gegen Terrorismus bzw. gegen jene, die Terrorismus feiern, und ein klares Bekenntnis zum Existenzrecht Israels sieht anders aus.

Es ist nicht nur an der Zeit, sondern längst überfällig, dass wir uns in Deutschland der Realität stellen; nämlich, dass seit Jahren arabisch und türkisch geprägter Antisemitismus zunimmt und der Hass auf Israel in einem Ausmaß geschürt wird, dass er das friedliche Zusammenleben in unserer Gesellschaft gefährdet. Darüber hinaus muss auch die bisherige Haltung gegenüber islamischen Verbänden und jenen Einrichtungen, die eindeutig islamistischen Strukturen zugeordnet werden können, kritisch beleuchtet und überarbeitet werden. Dabei dürfen nicht Fragen nach der Gewaltbefürwortung bzw. Gewaltanwendung oder der Organisationsstruktur als entscheidende Kriterien für eine Zusammenarbeit mit staatlichen Stellen gelten, sondern die Haltung von Vereinen, Verbänden und Einrichtungen zu unseren liberalen Grundwerten, zu denen auch eine klare Ablehnung von Antisemitismus gehört.

Ein Weg wäre die Wiedereinsetzung des Expertenkreises Politischer Islamismus (EPI) im Bundesinnenministerium, der auf Wunsch von Bundesinnenministerin Nancy Faeser aufgelöst wurde. Wir, die dieses Statement unterschrieben haben, sind jederzeit bereit uns dieser Aufgabe zu stellen. Unsere Erreichbarkeiten sind den zuständigen staatlichen Stellen bekannt. Ein Anruf genügt.

Seyran Ates, Rechtsanwältin/GF'in Ibn Rushd-Goethe Moschee, Berlin

Güner Yasemin Balci, Journalistin und Autorin, Integrationsbeauftragte für Neukölln

Gülden Hennemann, Politikwissenschaftlerin

Prof. Dr. Ruud Koopmans, Professor für Soziologie und Migrationsforschung an der Humboldt Universität, Abteilungsleiter Wissenschaftszentrum Berlin (WZB)

Ahmad Mansour, Diplom-Psychologe und Autor

Prof. Dr. Christine Schirmmayer, Professorin für Islamwissenschaft an der Rheinischen Friedrich Wilhelms Universität Bonn

Rebecca Schönenbach, Counter-Terrorism, Vorsitzende von „Veto! Für den Rechtsstaat e.V.“

Prof. Dr. Susanne Schröter, Professorin für Ethnologie, Leiterin Frankfurter Forschungszentrum Globaler Islam an der Johann Wolfgang Goethe-Universität Frankfurt

Prof. Dr. jur. Kyrill-A. Schwarz, Professor für Öffentliches Recht an der Julius-Maximilians-Universität Würzburg

Ali Ertan Toprak, Bundesvorsitzender der Kurdischen Gemeinde Deutschland

Christoph de Vries, MdB, stellv. Landesvorsitzender der CDU Hamburg